

Schlußfolgerungen der Konferenz von Lissabon über die Hilfe für die neuen unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion (23. und 24. Mai 1992)

Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Mai 1992, n° 5. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2012

URL:

http://www.cvce.eu/obj/schlußfolgerungen_der_konferenz_von_lissabon_uber_die_hilfe_fur_die_neuen_unabhangigen_staaten_der_ehemaligen_sowjetunion_23_und_24_mai_1992-de-d30f482a-fb73-4448-bfaf-dc5e31493b5d.html

Publication date: 23/10/2012

Schlußfolgerungen der Konferenz von Lissabon über die Hilfe für die neuen unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion (23. und 24. Mai 1992)

1. Auf Einladung der Europäischen Gemeinschaft sind am 23. und 24. Mai 1992 in Lissabon Minister und sonstige Vertreter der Geberländer und der internationalen Organisationen sowie Minister der neuen unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion zusammengetreten, um die Koordinierung der Hilfe für die neuen unabhängigen Staaten zu erörtern.
2. Die Minister begrüßten den Reformprozeß in den neuen unabhängigen Staaten, den sie selbst unterstützt haben. In diesem Zusammenhang betonten sie, daß alle Konflikte in diesen Staaten nach den Grundsätzen der KSZE beigelegt werden müssen, und riefen alle Beteiligten zur Zurückhaltung auf. Dies sei eine wesentliche Voraussetzung für die effektive Durchführung der Hilfe und des Reformprozesses.
3. Die Minister zeigten sich befriedigt über die Fortschritte bei der Koordinierung der Hilfe für die neuen unabhängigen Staaten.
4. Seit der Konferenz von Washington wurden die bereits beträchtlichen finanziellen Anstrengungen im Bereich der Hilfe für diese Länder noch verstärkt, um sie zu weiteren Fortschritten auf ihrem Reformweg zu ermutigen.
5. Die Minister waren der Auffassung, daß aus der ersten Phase der kurzfristigen Hilfe, die aus humanitären Maßnahmen bestanden hatte, eine allgemein positive Bilanz zu ziehen ist. Diese Maßnahmen waren so konzipiert, daß sie den Übergang der neuen unabhängigen Staaten zur Marktwirtschaft erleichtert und gleichzeitig einen Beitrag zur Stabilität dieser Länder geleistet haben. Die Minister begrüßten die bisher unternommenen Nahrungsmittelhilfekonzepte und nahmen Kenntnis von der Initiative der Vereinigten Staaten zur Monetarisierung der Nahrungsmittelhilfe, die sich vom Erfolg der Europäischen Gemeinschaft bei der Schaffung von Gegenwertmitteln aus der Hilfe für Moskau, St. Petersburg und andere Städte leiten ließ.
6. Die Vertreter der neuen unabhängigen Staaten berichteten auf der Konferenz über die Fortschritte bei ihren Reformprogrammen und legten genau dar, welcher Bedarf in ihren Ländern besteht und welche Sektoren ihrer Auffassung nach für eine internationale Hilfe vorrangig in Betracht kommen.
7. Die Minister nahmen zur Kenntnis, daß die Fortschritte bei der Durchführung der in Washington ausgearbeiteten Aktionspläne von den Arbeitsgruppen geprüft wurden, die für die fünf prioritären Bereiche der Hilfe — Nahrungsmittelhilfe, Gesundheitswesen, Wohnungsbau, Energieversorgung und technische Hilfe — eingesetzt wurden. Zu diesem Zweck hielten die Arbeitsgruppen Sitzungen ab, an denen auch Vertreter der unabhängigen Staaten teilnahmen. Mehrere Arbeitsgruppen führten auch Missionen durch, um die Lage vor Ort zu beurteilen. Die Schlußfolgerungen der Arbeitsgruppen sollen den Geberländern bei der Ausarbeitung ihrer künftigen Hilfsprogramme als Leitfaden dienen. Die Programme sind auf den politischen und wirtschaftlichen Reformprozeß abgestimmt und unterstützen ihn.
8. Die Minister begrüßten den Beitritt der neuen unabhängigen Staaten zum IWF und zur Weltbank, die bei der gesamtwirtschaftlichen Hilfe eine Schlüsselrolle spielen. Die Minister hörten einen ausführlichen Bericht des Exekutivdirektors des IWF über die Fortschritte bei der Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Rahmens, durch den die wirtschaftliche Neugestaltung dieser Länder gefördert werden soll. Der Exekutivdirektor wies darauf hin, daß dieser Umgestaltungsprozeß für den IWF eine gewaltige finanzielle Belastung darstellt, und verlangte, daß zusätzliche Mittel bereitgestellt werden und die neuen unabhängigen Staaten sich verpflichten, ihre eigenen Reformanstrengungen zu verstärken.
9. Die Minister betonten, daß die neuen unabhängigen Staaten ihre Kapazitäten verbessern müssen, um ihren Nahrungsmittelbedarf selbst zu decken. Unter den gegenwärtigen Bedingungen bleibe die humanitäre Hilfe in ihren verschiedenen Formen jedoch ein wichtiger Faktor. Die Minister empfahlen, die Entwicklung der Lage insbesondere im Bereich des Gesundheitswesens und der Nahrungsmittelversorgung aufmerksam zu verfolgen. Sie nahmen zur Kenntnis, daß die Hauptgeber vor Ort ihre Bemühungen im Bereich der

humanitären Hilfe auf der Grundlage der jüngsten Erfahrungen koordinieren wollen.

10. Die Minister erklärten, daß das Ziel für die Zukunft die vollständige Integration der neuen unabhängigen Staaten in ein auf der Marktwirtschaft beruhendes internationales System sowie die Entwicklung ihrer eigenen menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen ist und daß die technische Hilfe auch in den Bereichen Gesundheitswesen, Wohnungsbau und Energieversorgung wichtigster Bestandteil der künftigen Hilfsprogramme sein muß. So können die Befähigungen und Zuständigkeiten vor Ort gefördert und die für das reibungslose Funktionieren des öffentlichen und privaten Sektors erforderliche Beratung und Erfahrung vermittelt werden. Speziell im Bereich des Wohnungsbaus kann im Rahmen der Programme auch die rasche Wiedereingliederung der gegenwärtig noch außerhalb der neuen unabhängigen Staaten stationierten Streitkräfte erleichtert werden.

11. Aus Gründen der Effizienz sollten die Geber bei der Durchführung ihrer Programme im Bereich der technischen Hilfe gegebenenfalls auf Dreiecksvereinbarungen zurückgreifen. Eine Reihe von Ländern hatte bereits ähnliche Probleme zu bewältigen, wie sie sich jetzt in den neuen unabhängigen Staaten beim Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft stellen. Diese Länder können in diesem Bereich eine überaus wichtige Rolle spielen.

12. Die Minister wiesen auf die vorrangige Bedeutung der nuklearen Sicherheit hin. Sie betonten, daß die gegenwärtigen Arbeiten zur Erstellung eines Aktionsprogramms, mit dem die diesbezüglichen Probleme in den neuen unabhängigen Staaten und den übrigen mittel- und osteuropäischen Ländern bewältigt werden sollen, sehr wichtig sind. Sie begrüßten insbesondere die Programme der Vereinigten Staaten, der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten sowie weiterer Geberländer und internationaler Organisationen, mit denen die Sicherheit der sowjetischen Reaktoren verbessert werden soll. Sie stellten fest, daß ein Hauptziel dieser Programme darin besteht, die unabhängigen Staaten in die Lage zu versetzen, selbst die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Daher werde der Schwerpunkt auf eine rigorosere Durchführung der Vorschriften und die Stärkung der Kontrollbehörden sowie auf die Ausbildung der Ingenieure und Techniker in diesen Ländern gelegt.

13. Die Minister begrüßten das in Lissabon zwischen den Vereinigten Staaten, Japan, Rußland und der Europäischen Gemeinschaft erzielte Abkommen über die Gründung eines Internationalen Zentrums für Wissenschaft und Technik und nahmen zur Kenntnis, daß sich auch noch andere Geberländer daran beteiligen wollen. Durch dieses Zentrum soll die Umorientierung der zuvor in der Rüstungsindustrie beschäftigten Ingenieure und Wissenschaftler der ehemaligen UdSSR erleichtert werden.

14. Die Minister zeigten sich erfreut über die Absicht der Europäischen Gemeinschaft, eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen der Gemeinschaft und der neuen unabhängigen Staaten in den Bereichen Gesundheit, Kultur, Bildung, Handel und Sport zu fördern. Sie nahmen ferner Kenntnis von der Initiative der Gemeinschaft, einen Freiwilligendienst einzurichten, der die Erfahrungen von Privatpersonen in den gegenwärtigen Übergangsprozeß in den neuen unabhängigen Staaten einbringen soll. Der Vorteil solcher Aktionen ist, daß sie deutlich machen, daß der Erfolg des Übergangs auch Sache des einzelnen Bürgers ist.

15. Die Minister forderten die neuen unabhängigen Staaten auf, die allgemeine politische sowie die handels-, wirtschaf-, finanz- und währungspolitische Zusammenarbeit untereinander auszubauen, um den größtmöglichen Nutzen aus ihren eigenen Ressourcen und der internationalen Hilfe zu ziehen. Die Minister wiesen darauf hin, daß die Zusammenarbeit zwischen den neuen unabhängigen Staaten für die Zukunft jedes einzelnen dieser Staaten insbesondere bei der Suche nach Lösungen für Fragen, die sich auf regionaler Ebene stellen und mehrere Republiken betreffen, von entscheidender Bedeutung sein wird.

16. Die künftige Koordinierung der internationalen Hilfe sollte vor allem flexibel und effizient sein und von einem pragmatischen Ansatz ausgehen. Daher berieten die Minister auch über neue Modalitäten für die internationale Koordinierung. In diesem Zusammenhang wurde betont, daß die Koordinierung vor Ort erforderlich ist, um sicherzustellen, daß bei der Durchführung der Hilfsmaßnahmen den Gegebenheiten in den einzelnen unabhängigen Staaten und ihrer jeweiligen Entwicklung Rechnung getragen wird.

Die Minister waren der Auffassung, daß die neuen unabhängigen Staaten schrittweise die Hauptverantwortung für die künftige Koordinierung übernehmen sollen, um so die Kohärenz zwischen den Hilfsprogrammen und der Durchführung der Reformen zu verbessern.

Bei einer umfassenden langfristigen Koordinierung müßten die internationalen Organisationen eine zentrale Rolle übernehmen; die Koordinierung könne grundsätzlich auf geographischer Ebene erfolgen.

Die Minister kamen überein, zu prüfen, ob für die Koordinierung der Hilfe Gruppen eingesetzt werden sollen, in denen die betreffenden Geldgeber und internationalen Organisationen sowie auch die Empfängerländer vertreten wären. Diese Gruppen, die in ihrer Zusammensetzung flexibel sein müßten und nur für einen befristeten Zeitraum eingesetzt werden sollten, würden die globale Hilfe für die betreffenden Länder koordinieren, dabei jedoch einige besondere Bereiche stärker spezialisierten Organisationen überlassen.

Die Minister kündigten an, daß ein neues System für die internationale Koordinierung auf der Grundlage der auf den Konferenzen von Washington und Lissabon eingeleiteten Arbeiten schrittweise eingeführt und auf der Konferenz, die im Herbst 1992 in Japan stattfindet, bestätigt werden soll.

Die Minister begrüßten die wichtigen Beiträge der fünf Arbeitsgruppen, deren Beratungen im Herbst abgeschlossen werden sollen. Die Gruppen sollten so lange voll im Einsatz bleiben, wie sie zur Verwirklichung der festgesetzten Ziele beitragen können.